

M.H

PCT
INTERNATIONALE ANMELDUNG VERÖFFENTLICHT NACH DEM VERTRAG ÜBER DIE
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS (PCT)

WELTORGANISATION FÜR GEISTIGES EIGENTUM
Internationales Büro



(51) Internationale Patentklassifikation ⁷ : E04H 12/22	A1	(11) Internationale Veröffentlichungsnummer: WO 00/09833 (43) Internationales Veröffentlichungsdatum: 24. Februar 2000 (24.02.00)
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 48%; vertical-align: top;"> <p>(21) Internationales Aktenzeichen: PCT/EP99/05705</p> <p>(22) Internationales Anmeldedatum: 6. August 1999 (06.08.99)</p> <p>(30) Prioritätsdaten: 198 36 370.2 11. August 1998 (11.08.98) DE</p> <p>(71)(72) Anmelder und Erfinder: KRINNER, Klaus [DE/DE]; Blumenthal 19, D-94342 Straßkirchen (DE).</p> <p>(72) Erfinder; und (75) Erfinder/Anmelder (nur für US): THURNER, Günther [DE/DE]; Irlbacher Strasse 9, D-94342 Straßkirchen (DE).</p> <p>(74) Anwalt: LESKE, Thomas; Bardehle, Pagenberg, Dost, Altenburg, Geissler, Isenbruck, Galileiplatz 1, D-81679 München (DE).</p> </div> <div style="width: 48%; vertical-align: top;"> <p>(81) Bestimmungsstaaten: AE, AL, AM, AT, AU, AZ, BA, BB, BG, BR, BY, CA, CH, CN, CR, CU, CZ, DK, EE, ES, FI, GB, GD, GE, GH, GM, HR, HU, ID, IL, IN, IS, JP, KE, KG, KP, KR, KZ, LC, LK, LR, LS, LT, LU, LV, MD, MG, MK, MN, MW, MX, NO, NZ, PL, PT, RO, RU, SD, SE, SG, SI, SK, SL, TJ, TM, TR, TT, UA, UG, US, UZ, VN, YU, ZA, ZW, ARIPO Patent (GH, GM, KE, LS, MW, SD, SL, SZ, UG, ZW), eurasisches Patent (AM, AZ, BY, KG, KZ, MD, RU, TJ, TM), europäisches Patent (AT, BE, CH, CY, DE, DK, ES, FI, FR, GB, GR, IE, IT, LU, MC, NL, PT, SE), OAPI Patent (BF, BJ, CF, CG, CI, CM, GA, GN, GW, ML, MR, NE, SN, TD, TG).</p> <p>Veröffentlicht <i>Mit internationalem Recherchenbericht.</i></p> </div> </div>		
<p>(54) Title: DEVICE FOR FIXING BARS, POSTS, MASTS AND SUCH LIKE IN THE GROUND AND METHOD FOR PRODUCING SUCH A FIXING DEVICE</p> <p>(54) Bezeichnung: BEFESTIGUNGSVORRICHTUNG FÜR STÄBE, PFOSTEN, MASTEN ODER DGL. IM ERDREICH UND VERFAHREN ZUR HERSTELLUNG EINER BEFESTIGUNGSVORRICHTUNG</p> <p>(57) Abstract</p> <p>The invention relates to a method for producing a device for fixing bars, posts, masts or such like in the ground and a fixing device comprising a base part (1), at least a section of which can, but need not necessarily, be provided with a helical or worm-like thread (4). The base part further has a substantially conical basic shape with at least one conical section. According to the method the base part is produced by hammering a substantially cylindrical pipe into the basic shape. The fixing device further comprises a holding section (3) and a single-piece anchoring section (2), which if provided with a thread (4) has at least two partial sections of different conicity. The holding section and, in essence, the anchoring section are hollow throughout.</p> <p>(57) Zusammenfassung</p> <p>Beschrieben wird ein Verfahren zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dgl. im Erdreich und eine Befestigungsvorrichtung mit einem Grundkörper (1), wobei zumindest ein Teilabschnitt des Grundkörpers mit einem schrauben- bzw. schneckenartigen Gewinde (4) versehen werden kann aber nicht zwingend muß und wobei der Grundkörper im wesentlichen eine konusförmige Grundform mit zumindest einem konischen Teilabschnitt aufweist. Der Grundkörper wird gemäß des Verfahrens der Erfindung aus einem im wesentlichen zylindrischen Rohr in die Grundform gehämmert. Die Befestigungsvorrichtung weist einen Halteabschnitt (3) und einen einstückig ausgebildeten Verankerungsabschnitt (2) auf, welcher in dem Fall, daß er mit Gewinde (4) versehen ist, zumindest zwei Teilabschnitte unterschiedlicher Konizität aufweist. Der Halteabschnitt und im wesentlichen der Verankerungsabschnitt sind durchgängig hohl ausgebildet.</p>		

LEDIGLICH ZUR INFORMATION

Codes zur Identifizierung von PCT-Vertragsstaaten auf den Kopfbögen der Schriften, die internationale Anmeldungen gemäss dem PCT veröffentlichen.

AL	Albanien	ES	Spanien	LS	Lesotho	SI	Slowenien
AM	Armenien	FI	Finnland	LT	Litauen	SK	Slowakei
AT	Österreich	FR	Frankreich	LU	Luxemburg	SN	Senegal
AU	Australien	GA	Gabun	LV	Lettland	SZ	Swasiland
AZ	Aserbaidshan	GB	Vereinigtes Königreich	MC	Monaco	TD	Tschad
BA	Bosnien-Herzegowina	GE	Georgien	MD	Republik Moldau	TG	Togo
BB	Barbados	GH	Ghana	MG	Madagaskar	TJ	Tadschikistan
BE	Belgien	GN	Guinea	MK	Die ehemalige jugoslawische	TM	Turkmenistan
BF	Burkina Faso	GR	Griechenland		Republik Mazedonien	TR	Türkei
BG	Bulgarien	HU	Ungarn	ML	Mali	TT	Trinidad und Tobago
BJ	Benin	IE	Irland	MN	Mongolei	UA	Ukraine
BR	Brasilien	IL	Israel	MR	Mauretanien	UG	Uganda
BY	Belarus	IS	Island	MW	Malawi	US	Vereinigte Staaten von
CA	Kanada	IT	Italien	MX	Mexiko		Amerika
CF	Zentralafrikanische Republik	JP	Japan	NE	Niger	UZ	Usbekistan
CG	Kongo	KE	Kenia	NL	Niederlande	VN	Vietnam
CH	Schweiz	KG	Kirgisistan	NO	Norwegen	YU	Jugoslawien
CI	Côte d'Ivoire	KP	Demokratische Volksrepublik	NZ	Neuseeland	ZW	Zimbabwe
CM	Kamerun		Korea	PL	Polen		
CN	China	KR	Republik Korea	PT	Portugal		
CU	Kuba	KZ	Kasachstan	RO	Rumänien		
CZ	Tschechische Republik	LC	St. Lucia	RU	Russische Föderation		
DE	Deutschland	LI	Liechtenstein	SD	Sudan		
DK	Dänemark	LK	Sri Lanka	SE	Schweden		
EE	Estland	LR	Liberia	SG	Singapur		

5

Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder
10 dgl. im Erdreich und Verfahren zur Herstellung
einer Befestigungsvorrichtung

Die Erfindung betrifft eine Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten,
15 Masten oder dergleichen im Erdreich und ein Verfahren zur Herstellung
einer Befestigungsvorrichtung.

Befestigungsvorrichtungen für Stäbe, Pfosten, Masten oder dergleichen zum
Einschlagen bzw. Eindrehen im Erdreich werden meist durch Metallguß oder
20 Verschweißen einzelner vorgefertigter Formteile hergestellt. Die Herstellung
von Guß- oder Frästeilen ist dabei relativ aufwendig und teuer und die
Herstellung von Formteilen erlaubt keine 100%ige Ausnutzung des Ausgangs-
materials, was ebenfalls zur Verteuerung der Herstellung führt. Zusätzlich
bewirken die Fügstellen, an denen die einzelnen Formteile verschweißt, ver-
25 klebt oder verpreßt sind, u.U. eine Schwächung der Stabilität der Grundkör-
per der entsprechenden Befestigungsvorrichtungen.

Aus der DE-GM 93 13 258.1 ist eine Befestigungsvorrichtung bekannt.
Diese weist einen in das Erdreich ein- und aus diesem wieder heraus-
30 schraubbaren Gewindeabschnitt und einen Halteabschnitt zur Aufnahme des
Stabes, Pfostens, Mastens oder dergleichen auf, wobei zwischen dem Ge-
windeabschnitt und dem Halteabschnitt ein konusförmiger, beim Einschrauben
der Befestigungsvorrichtung wirksamer Verdrängungskörper für das Erdreich

angeordnet ist. Der Gewindeabschnitt ist ein Gußteil und trägt ein schneckenförmiges Gewinde. Der daran anschließende Verdrängungskörper ist kreiskegelstumpfförmig und im wesentlichen hohl ausgebildet und ist an der Seite seines kleineren Durchmessers an den im wesentlichen zylindrischen bzw. schwach konischen Vollkern des Gewindeabschnitts angeschweißt. Der Öffnungswinkel des kreiskegelstumpfförmigen Verdrängungskörpers ist dabei deutlich größer als der Winkel des Gewindeabschnitts. Der Gewindeabschnitt und der Verdrängungskörper bilden den Verankerungsabschnitt der Befestigungsvorrichtung.

Da die Befestigungsvorrichtung und insbesondere der Verankerungsabschnitt gemäß DE-GM 93 13 258.1 aus mehreren Teilen zusammengesetzt und verschweißt ist, kann es im Falle des Ein- und Ausdrehens bzw. im Falle von auf die Befestigungsvorrichtung einwirkenden Kräften zu Festigkeitsproblemen insbesondere im Bereich der Verbindung zwischen dem Gewindeabschnitt und dem Verdrängungsabschnitt kommen.

Außerdem erfordert der als Gußteil mit einem Vollkern ausgestaltete Gewindeabschnitt des Verankerungsabschnitts hohen Materialeinsatz.

Eine weitere Befestigungsvorrichtung ist in der DE-PS 40 02 830 beschrieben. Diese Befestigungsvorrichtung weist einen in das Erdreich ein- und aus diesem wieder herausschraubbaren Gewindeabschnitt und an ihrem, in Einschraubrichtung gesehen, hinteren Ende einen Halteabschnitt zur Aufnahme des Stabes, Pfostens oder dergleichen auf. Der als Verankerungsabschnitt ausgebildete Gewindeabschnitt ist korkenzieher- oder schraubenartig ausgebildet und weist einen sich in Einschraubrichtung stark verjüngenden konischen Kern auf. Der über den gesamten Verankerungsabschnitt gleich bleibende relativ stumpfe Konuswinkel erschwert zum einen aufgrund auftretender Radialkräfte das Eindrehen der Befestigungsvorrichtung in das Erdreich und erlaubt aufgrund der Konusform keine sichere Verankerung der Befestigungs-

vorrichtung im Erdreich, da aufgrund des stumpfen Konuswinkels radial auftretende Kräfte, wie beispielsweise durch Rüttelbewegungen, dazu führen, den Verankerungsabschnitt aus dem Erdreich zu lockern.

- 5 Die Befestigungsvorrichtung gemäß DE-PS 40 02 830 besteht aus Kunststoffmaterial, was eine Herstellung durch Laminieren, Warmformen, Spritzgießen etc. bedingt. Diese Verfahren sind aufgrund der nötigen Vorarbeiten relativ kostenintensiv und damit teuer.

10 Zwar weist ein auf diese Weise hergestellter Verankerungsabschnitt keine stabilitätsmindernden Fugestellen auf, zum Erreichen der nötigen Stabilität muß er jedoch aus Vollmaterial gefertigt sein.

Der Erfindung liegt daher die Aufgabe zugrunde, eine Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dergleichen zum Einschlagen bzw.
15 Eindrehen im Erdreich zu schaffen, die im wesentlichen unter allen Bedingungen bei möglichst geringem Materialeinsatz eine hohe Stabilität bietet und so eine sichere Verankerung im Erdreich erlaubt sowie eine sichere und leichte Handhabbarkeit beim Einschlagen bzw. Hinein- oder Herausdrehen in oder aus dem Erdreich bietet. Eine weitere Aufgabe der Erfindung liegt
20 darin, ein Verfahren zur Herstellung einer derartigen Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dgl. im Erdreich, insbesondere zur Herstellung eines Bodendübels mit einem Grundkörper zu schaffen, welches preisgünstig in der Herstellung eines Grundkörpers einer Befestigungsvorrichtung ist und einen geringen Materialeinsatz erfordert.

25

Die Aufgabe wird erfindungsgemäß mit einem Verfahren zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung nach Anspruch 1 oder 2 und mit einer Befestigungsvorrichtung mit den Merkmalen nach Anspruch 8 oder 10 gelöst.

Zweckmäßige Weiterbildungen sind in den jeweiligen abhängigen Ansprüchen definiert.

Zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten
5 oder dgl. im Erdreich, insbesondere eines Bodendübels und insbesondere zur
Herstellung einer Befestigungsvorrichtung gemäß der vorliegenden Erfindung
mit einem Grundkörper, wobei zumindest ein Teilabschnitt des Grundkörpers
mit einem schrauben- bzw. schneckenartigen Gewinde versehen sein kann,
aber nicht zwingend sein muß, und wobei der Grundkörper im wesentlichen
10 eine konusförmige Grundform mit zumindest einem konischen Teilabschnitt
aufweist, wird der Grundkörper aus einem im wesentlichen zylindrischen
Rohr in die Grundform gehämmert, geschmiedet oder geknetet.

Falls gewünscht kann das schrauben- bzw. schneckenförmige Gewinde dann
zumindest in einem Teilabschnitt an dem Grundkörper angebracht werden,
15 insbesondere durch Anschweißen eines entsprechend vorgefertigten Formteils.
Die Grundform des Grundkörpers kann im wesentlichen spitzwinklig und
konusförmig als Verankerungsabschnitt ausgebildet sein, was eine leichte
Einschlag- bzw. Eindrehbarkeit ermöglicht.

20 Das In-Form-Hämmern eines im wesentlichen zylindrischen Rohrs zur
Herstellung eines Grundkörpers einer Befestigungsvorrichtung gemäß der
Erfindung bietet den Vorteil, daß die verformenden, auf das zylindrische
Rohr einwirkenden Kräfte sowohl axial als auch radial durch axial um das
Rohr verlaufende, formende Hammerteile in das Rohr eingeleitet werden,
25 wodurch eine relativ starke Verformung des Rohres erzielt werden kann. Im
Gegensatz dazu wirken beim In-Form-Pressen des Rohres durch axiales Ein-
drücken in einer Matrize nur axiale Kräfte auf das Rohr, durch welche das
Rohr zusammengestaucht werden könnte. Das erfindungsgemäße Verfahren
des Rohrhämmerns für konusförmige Grundformen eines Grundkörpers einer
30 Befestigungsvorrichtung ist somit besonders zuverlässig und sicher.

Das Verfahren des Rohrhämmerns als solches ist für andere Aufgabenstellungen bekannt und wird daher im folgenden nicht weiter beschrieben. Es sind auch andere geeignete Verfahren mit ähnlicher Krafteinwirkung auf das Rohr, insbesondere Schmieden, Kneten oder dergleichen, zur Herstellung der Grundform eines Bodendübels möglich. Dabei kann das Rohr teilweise
5 zusätzlich erwärmt werden, um die Verformung zu erleichtern. Durch diese Verfahren können Rohre theoretisch bis zu einer Spitze verformt werden. Dies ist auch bei der erfindungsgemäßen Herstellung von Befestigungsvorrichtungen möglich. Insbesondere ist es durch dieses Verfahren besonders gut
10 möglich, die gewünschte im wesentlichen konusförmige Grundform zu bilden, die insbesondere spitzwinklig ist.

Da das erfindungsgemäße Verfahren zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung ein spanloses Verfahren ist, ergibt sich eine praktisch 100%ige
15 Materialausnutzung des verwendeten Ausgangsmaterials, das heißt des verwendeten, im wesentlichen zylindrischen Rohres. Durch die Verformung des Rohres in eine im wesentlichen konusförmige Grundform nimmt durch den Hämmerungsvorgang die Wandstärke bei kleineren Durchmessers des Grundkörpers zu, der Hohlraum in dem Rohr bleibt dabei im wesentlichen erhalten.
20 Die Vergrößerung der Wandstärke ist neben der Tatsache, daß der Grundkörper, insbesondere der Verankerungsabschnitt, als Einheit, d.h. insbesondere einstückig, im wesentlichen hohl geformt werden kann, besonders vorteilhaft, da somit die erzielbare Stabilität des Grundkörpers und damit der Befestigungsvorrichtung größer ist als Befestigungsvorrichtungen,
25 welche aus mehreren Einzelteilen zusammengesetzt und verschweißt werden müssen.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß das Verfahren durch den Wegfall eventueller Füge- und Zusammensetzungsschritte wenig arbeitsintensiv und damit
30 kostengünstig ist.

Besonders vorteilhaft ist es beim Verfahren zur Herstellung eines Grundkörpers einer Befestigungsvorrichtung, den Grundkörper einstückig mit einem Halteabschnitt und einem Verankerungsabschnitt auszubilden. Dadurch ergibt sich eine weiter verstärkte Stabilität der gesamten Befestigungsvorrichtung.

5

In einer weiteren bevorzugten Ausführungsform des Verfahrens zur Herstellung eines Grundkörpers einer Befestigungsvorrichtung ist es vorteilhaft, die Grundform des Grundkörpers als einen einstückigen Verankerungsabschnitt auszubilden und daran den im wesentlichen als Hülse ausgestalteten, 10 mittels eines Rohrenden-Preßverfahrens hergestellten Halteabschnitt anzubringen, insbesondere anzuschweißen. Jede andere geeignete Verbindungstechnik ist ebenfalls möglich. Das Anbringen eines zuerst separat hergestellten Halteabschnittsteils erlaubt größere Flexibilität in der Gestaltung der Befestigungsvorrichtung, z.B. in Anbetracht unterschiedlicher Einsatzteile für den 15 Halteabschnitt.

In einer weiteren bevorzugten Ausführungsform der Erfindung ist es besonders vorteilhaft, daß der Grundkörper mit dem Verankerungs- und Halteabschnitt im wesentlichen durchgängig hohl ausgebildet wird, wodurch die 20 Herstellungskosten aufgrund der Materialersparnis zusätzlich verringert werden können und das Gewicht des Grundkörpers zusätzlich gering bleibt.

In einer besonders bevorzugten Ausführungsform des Verfahrens zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung wird der Grundkörper zumindest in 25 einem unteren, in Einführrichtung in das Erdreich ersten Teilabschnitt mit einer Bohrung durch seine Wandung versehen. Durch diese, insbesondere mit dem im wesentlichen hohlen Verankerungsabschnitt in Verbindung stehende Bohrung kann eventuell in der Befestigungsvorrichtung stehendes Wasser relativ leicht abfließen, da zum einen die hohe Wassersäule über der Bohrung 30 einen höheren Wasserdruck aufbaut und zum anderen durch die tiefe

Lage der Bohrung im Erdreich unter Umständen bereits ein Kiesgrund erreicht ist, welcher ein Versickern des Wassers leichter als der Humus an der Oberfläche ermöglicht. Unter Umständen kann es sogar sinnvoll sein, beim Einschlag- bzw. Eindrehvorgang durch in den Verankerungsabschnitt
5 von oben eingebrachtes Wasser, welches dann über die Bohrung austreten kann, den Boden anzuweichen, was das Einschlagen- bzw. Eindrehen neben der erfindungsgemäß optimierten Konusform des Verankerungsabschnitts zusätzlich erleichtern kann.

10 Besonders vorteilhaft ist eine Ausführungsform des Verfahrens, bei welcher das im wesentlichen zylindrische Rohr auf einen Durchmesser von ca. 10 mm reduziert ist und an dieses zylindrische Stück eine Vierkantspitze angebracht ist, insbesondere angepreßt ist. Eine solche Spitze hat sich als besonders vorteilhaft erwiesen, da sie beim Einschlagen- bzw. Eindrehen
15 eine hohe Stabilität aufweist und kleine Steine und harte Erdschichten besonders gut verdrängt. Es sind auch konisch ausgeformte Spitzen oder Meißel- bzw. Bohrerspitzen möglich.

In einer vorteilhaften Ausführungsform des Verfahrens wird in dem Fall,
20 daß kein Gewinde vorgesehen ist, an dem Grundkörper im wesentlichen in dessen Längsrichtung zumindest ein flossenartiges Flächenelement auf geeignete Weise angebracht, insbesondere angeschweißt.

Besonders vorteilhaft ist die Anbringung von drei oder vier über den Umfang gleichwinklig beabstandeten flossenartigen Flächenelementen.

25 Die Flächenelemente können gestanzt, gegossen, gefräst oder auf andere geeignete Weise hergestellt werden.

Durch die Anbringung des oder der Flächenelemente können zusätzliche Stabilität und eine gute Führung, insbesondere beim Einschlagen der Befestigungsvorrichtung erreicht werden.

Die insbesondere mit dem oben beschriebenen Verfahren herstellbare, erfindungsgemäße Befestigungsvorrichtung mit einem Grundkörper weist einen Verankerungsabschnitt zur Verankerung im Erdreich und einen Halteabschnitt zur Aufnahme des Stabes, Pfostens, Mastens oder dgl. auf. Der Verankerungsabschnitt ist dabei als konusförmiger, im wesentlichen spitzwinkliger Verdrängungskörper ausgebildet, welcher zumindest einen konusförmigen Teilabschnitt aufweist. Es können auch zwei, drei oder mehr Teilabschnitte unterschiedlicher Konizität sein. Zumindest ein Teilabschnitt des Verdrängungskörpers kann ein schrauben- bzw. schneckenförmiges Gewinde zum Ein- und wieder Herausschrauben in und aus dem Erdreich tragen, dies ist jedoch nicht zwingend. Ist die Befestigungsvorrichtung zum Einschlagen in das Erdreich vorgesehen, entfällt das Gewinde. Der in Einführrichtung in das Erdreich erste konusförmige Teilabschnitt des Verdrängungskörpers weist einen spitzeren Konuswinkel auf als der zweite auf ihn folgende konusförmige Teilabschnitt.

Eventuell weiter folgende Abschnitte können beliebige, kleine oder große Konuswinkel aufweisen.

Erfindungsgemäß ist der Verankerungsabschnitt aus einem hohlen Rohteil, insbesondere aus einem im wesentlichen zylindrischen Rohr, einstückig ausgebildet. Desweiteren sind erfindungsgemäß der Halteabschnitt und im wesentlichen der Verankerungsabschnitt durchgängig hohl ausgebildet.

Als Material für die erfindungsgemäße Befestigungsvorrichtung ist insbesondere Metall, insbesondere mit entsprechender Antikorrosionsbehandlung geeignet.

Der Verankerungsabschnitt ist dabei bevorzugt an dem, in Einführrichtung in das Erdreich ersten Abschnitt abgeschlossen. Der Abschluß kann durch eine Materialverdichtung des im wesentlichen zylindrischen Rohres erfolgen.

Da erfindungsgemäß der Verankerungsabschnitt und der Halteabschnitt im wesentlichen durchgängig hohl ausgebildet sind, ergibt sich neben einer Material- und damit Kostenersparnis und verringertem Gewicht hierdurch noch der Vorteil, daß der Halteabschnitt und der Verankerungsabschnitt bzw.

5 Verdrängungskörper zur Aufnahme eines bodenseitigen Endes eines mit der Befestigungsvorrichtung aufzustellenden Stabes, Pfostens oder dergleichen dienen können, wobei das bodenseitige Ende dieses Stabes oder Pfostens oder dergleichen durch die im wesentlichen spitzwinklige Konusinnenfläche der Abschnitte bzw. Teilbereiche der Abschnitte eine Lagefixierung ins-

10 besondere in horizontaler Ebene erfährt und durch die radial wirkenden Kräfte bereits selbsthemmend verklemmt ist.

Da der Verankerungsabschnitt im wesentlichen über seine gesamte Länge als konusförmiger, im wesentlichen spitzwinkliger Verdrängungskörper für das

15 Erdreich ausgebildet ist, wird die Befestigungsvorrichtung beim Einschlagen bzw. Einschrauben in das Erdreich in diesem verspannt, da Erdreich und Steine über die gesamte Konuslänge über den im wesentlichen spitzen Verdrängungskörperwinkel verdrängt werden. Dadurch bedingt, sind die das Erdreich und eventuelle Steine verdrängenden Kräfte größer als bei Befesti-

20 gungsvorrichtungen, die das Erdreich im wesentlichen nur in einem relativ stumpfwinkligen Verdrängungskörperbereich zwischen einem Gewindeabschnitt und dem Halteabschnitt verdrängen. Dadurch wird das Einschlagen bzw. Eindrehen erleichtert.

Der Vorteil gegenüber einem durchgängig gleichbleibenden Konuswinkel über

25 den gesamten Verankerungsabschnitt besteht darin, daß zu Beginn des Eindrehens ein geringerer Konuswinkel das Setzen und Ausrichten der Befestigungsvorrichtung im Boden erleichtert und den benötigten Kraftaufwand beim Einschlagen bzw. Eindrehen gering hält.

Da erfindungsgemäß zumindest der Verankerungsabschnitt aus einem Rohteil einstückig ausgebildet ist und somit in diesem Bereich keine Verbindungsstellen verschiedener zusammensetzender Teile auftreten, ergibt sich im Vergleich zum Stand der Technik eine verbesserte Stabilität des Verankerungsabschnitts und der Befestigungsvorrichtung.

Besonders vorteilhaft ist es, wenn der Verankerungsabschnitt und der Halteabschnitt einstückig ausgebildet sind, um die Stabilität der gesamten Vorrichtung weiter zu erhöhen.

10

In einer weiteren Ausführungsform der Befestigungsvorrichtung ist der Halteabschnitt als ein wie weiter oben beschriebenes Formteil an dem Verankerungsabschnitt angebracht, insbesondere angeschweißt. Jede andere geeignete Verbindungstechnik ist ebenfalls möglich.

15 Der im wesentlichen hülsenförmige Halteabschnitt kann dabei besonders gut an verschiedene Größen von einzusetzenden Stäben, Pfosten, Masten oder dergleichen angepaßt sein. Vorteilhaft besteht ein solcher im wesentlichen hülsenförmiger Halteabschnitt aus fünf Abschnitten. Der erste Abschnitt bildet einen Konus zur Zentrierung in dem in die Grundform gebrachten
20 Verankerungsabschnitt des Grundkörpers. Der zweite Abschnitt ist als Sechskant zur eventuellen Übertragung einer Drehbewegung durch einen Innensechskantschlüssel ausgebildet. Der dritte Abschnitt ist als zylindrischer Abschnitt ausgebildet und legt den Abstand zwischen dem ersten Abschnitt und dem obersten Abschnitt des Verankerungsabschnitts fest. Der vierte Ab
25 schnitt bildet die Möglichkeit zur Aufnahme eventueller Fixier- und Positionierhilfen in dem Halteabschnitt, und der fünfte Abschnitt bietet die Möglichkeit einer Klemmung der zu befestigenden Stäbe, Pfosten, Masten oder Positionier- und Fixiereinrichtungen in dem Halteabschnitt.

Generell bietet die erfindungsgemäße Befestigungsvorrichtung bzw. der erfindungsgemäß hergestellte Grundkörper die Möglichkeit, im Halteabschnitt eine Fixierung der zu befestigenden Gegenstände bzw. der optional zusätzlich verwendeten Positioniereinrichtungen zu ermöglichen.

5

In einer bevorzugten Ausführungsform der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung weisen die zumindest zwei Teilabschnitte des Verankerungsabschnitts einen geringen Unterschied des Konuswinkels im Bereich von 1 bis 3 Grad auf. Eventuelle Unterschiede der Konuswinkel zwischen weiteren
10 Teilabschnitten können den gleichen Winkelbereich aufweisen aber auch größer sein.

15

Das Gewinde ist erfindungsgemäß so angeordnet, daß zumindest ein Teilabschnitt des Verankerungsabschnitts bzw. des Verdrängungskörpers ein schrauben- bzw. schneckenförmiges Gewinde trägt.

20

Es ist jedoch besonders bevorzugt, daß sich das Gewinde im wesentlichen über die gesamte Länge des Verankerungsabschnitts erstreckt. Dabei kann es sich über alle oder einen Teil der einzelnen konusförmigen Abschnitte
20 erstrecken. Das Gewinde ist als Formteil an die Grundform des Grundkörpers des Verankerungsabschnitts angebracht, insbesondere angeschweißt.

25

Die Einziehkräfte des entsprechenden Gewindes sind dabei von der Größe der am Gewindegang wirksamen Fläche bestimmt. Da der gesamte Verankerungsabschnitt konusförmig ausgebildet ist, d.h. da der Durchmesser der gewindetragenden Bereiche des Verankerungsabschnitts zunimmt, wird auch
25 der Gewindedurchmesser und damit die wirksame Fläche am Gewindegang größer. Nach erfolgter Einschraubung des Gewindeabschnitts in das Erdreich wirken in der gesamten Befestigungsvorrichtung in axialer Richtung gesehen
30 zwei entgegengesetzte Kräfte, nämlich einmal eine von dem Gewindeabschnitt

aufgebaute Kraft, welche bestrebt ist, die Befestigungsvorrichtung noch tiefer in das Erdreich zu ziehen und eine von dem Verankerungsabschnitt aufgebaute entgegengesetzte Kraft durch das verdichtete Erdreich. Diese beiden, in entgegengesetzte Richtung wirkenden Kräfte verspannen die Befestigungsvorrichtung bzw. deren Verankerungsabschnitt im Erdreich.

Durch die im wesentlichen spitzwinklige Ausführung des Verankerungsabschnitts bzw. des Verdrängungskörpers und den erfindungsgemäß bevorzugten geringen Konuswinkelunterschieden zwischen den wenigstens zwei Teilbereichen unterschiedlicher Konizität wird zum einen eine Erleichterung des Einschlagens bzw. Einschraubens, aber aufgrund der gleichmäßigen Verdichtung über die gesamte Länge auch eine sichere Fixierung der Befestigungsvorrichtung erreicht, die insbesondere mit dem im wesentlichen über die gesamte Länge des Verankerungsabschnitts sich erstreckende Gewinde optimal genutzt werden kann.

In einer vorteilhaften Ausführungsform der Befestigungsvorrichtung ist in dem Fall, daß kein Gewinde vorgesehen ist, an dem glatten Grundkörper im wesentlichen in dessen Längsrichtung zumindest ein flossenartiges Flächenelement auf geeignete Weise angebracht, insbesondere angeschweißt.

Besonders vorteilhaft ist die Anbringung von drei oder vier über den Umfang gleichwinklig beabstandeten flossenartigen Flächenelementen.

Die flossenartigen Flächenelemente erstrecken sich zumindest über einen Teilabschnitt des Verankerungsabschnitts und stehen im wesentlichen radial von dem Grundkörper ab. Es sind auch zumindest in Teilbereichen nicht-planare und/oder unter einem radialen und/oder axialen Winkel angeordnete Flächenelemente möglich.

Durch die Anbringung des oder der flossenartigen Flächenelemente kann zusätzliche Stabilität, insbesondere beim Einschlagen der Befestigungsvor-

richtung erreicht werden. Außerdem bieten sie eine verbesserte Richtungsführung beim Einschlagen.

Da durch die flossenartigen Flächenelemente die wirksame Seitenstirnfläche des Verankerungsabschnitts im Erdreich vergrößert ist, kann die Befestigungsvorrichtung höhere Seitenkräfte aufnehmen und ableiten. Dies bietet
5 insbesondere eine zusätzliche Sicherung gegen Verdrehen.

In einer weiteren bevorzugten Ausführungsform der Erfindung weist der im wesentlichen hohle Verankerungsabschnitt in seinem unteren Teilabschnitt,
10 d.h. in dem in Einführrichtung in das Erdreich ersten konusförmigen Teilabschnitt eine Bohrung auf. Über diese Bohrung durch die Wandung des Verankerungsabschnitts wird der bereits weiter oben beschriebene Wasseraustausch mit tieferen Bodenschichten möglich.

15 Bevorzugt ist im Fall der Befestigungsvorrichtung mit Gewinde zum Eindrehen in das Erdreich an dem Verankerungsabschnitt bzw. dem Verdrängungskörper und/oder an dem Halteabschnitt wenigstens ein Angriffspunkt für ein Werkzeug zum Aufbringen der Schraubenbewegung auf dem Gewindeabschnitt vorgesehen. In einer besonders bevorzugten Ausgestaltungsform ist
20 hierbei der Angriffspunkt aus zwei um 180° zueinander versetzten, im wesentlichen in einer horizontalen Ebene liegenden Bohrungen zur Aufnahme einer Drehhandhabe ausgebildet. Um die erfindungsgemäße Befestigungsvorrichtung bzw. deren Verankerungs- bzw. Gewindeabschnitt in das Erdreich einzudrehen, braucht demnach lediglich eine Handhabe, beispielsweise eine
25 entsprechend dimensionierte Stange oder dergleichen, durch die beiden fluchtenden Bohrungen geführt werden, wonach diese Stange zur Erhöhung des auf den Gewindeabschnitt aufzubringenden Drehmoments gehandhabt werden kann.

Im Fall der Befestigungsvorrichtung ohne Gewinde zum Einschlagen kann es ebenfalls bevorzugt sein, daß die Vorrichtung die oben beschriebenen Bohrungen aufweist. Dadurch ist es möglich, daß eine Handhabe, beispielsweise eine entsprechend dimensionierte Stange oder dergleichen, durch die beiden
5 fluchtenden Bohrungen geführt wird, wonach diese Stange zum Hineindrücken und/oder zur Unterstützung des Einschlagens der Befestigungsvorrichtung in das Erdreich dient.

Die Erfindung wird nachfolgend an Ausführungsbeispielen anhand der beigefügten Zeichnungen näher erläutert.
10

In den Zeichnungen zeigen:

Fig. 1 eine Seitenansicht einer ersten bevorzugten Ausführungsform mit Gewinde der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung;
15

Fig. 2 eine Seitenansicht einer zweiten bevorzugten Ausführungsform mit Gewinde der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung; und

Fig. 3 eine Seitenansicht einer bevorzugten Ausführungsform ohne Gewinde der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung.
20

Die Figuren Fig. 1 und Fig. 2 zeigen zwei bevorzugte Ausführungsformen der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung mit Gewinde zum Ein- und wieder Herausschrauben in und aus dem Erdreich. Alle Angaben zu diesen
25 beiden Figuren mit Ausnahme derer, die sich auf die Gewinde beziehen, können dabei auch für die erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtungen ohne Gewinde zum Einschlagen in das Erdreich gelten.

Fig. 1 zeigt eine erste bevorzugte Ausführungsform der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung mit Gewinde.

Die Befestigungsvorrichtung weist einen Grundkörper 1 mit einem Verankerungsabschnitt 2 und einem Halteabschnitt 3 auf, wobei der Verankerungsabschnitt 2 und der Halteabschnitt 3 einstückig ausgebildet sind. Der Verankerungsabschnitt 2 ist als im wesentlichen spitzwinkliger Verdrängungskörper ausgebildet und ist in zwei Teilabschnitte unterschiedlicher Konizität unterteilt, wobei der in Einschraubrichtung erste konusförmige Teilabschnitt einen spitzeren Konuswinkel aufweist als der in Einschraubrichtung zweite konische Teilabschnitt. Der erste konische Teilabschnitt trägt ein Gewinde 4. An dem ersten konischen Teilabschnitt ist eine Spitze 5 angesetzt. Außerdem weist der erste konusförmige Teilabschnitt eine Bohrung 6 auf, welche sich durch die Wand des Grundkörpers 1 zum Hohlraum des im wesentlichen hohl ausgebildeten Grundkörpers 1 erstreckt.

Erfindungsgemäß sind die beiden konusförmigen Teilabschnitte des Grundkörpers aus einem im wesentlichen zylindrischen Rohr in seine konusförmige Grundform gehämmert.

Der Halteabschnitt weist zwei (in Fig. 1 ist eine davon zu sehen) Bohrungen auf, die zur Aufnahme einer Drehhandhabe zum Eindrehen der Befestigungsvorrichtung in das Erdreich dienen.

Fig. 2 zeigt eine zweite bevorzugte Ausführungsform der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung mit Gewinde bzw. des Grundkörpers der erfindungsgemäßen Befestigungsvorrichtung mit Gewinde.

Der Grundkörper 1 der Befestigungsvorrichtung ist als Verankerungsabschnitt, der in die Grundform gehämmert wurde, ausgebildet. Der Verankerungs-

abschnitt 2 weist zwei Teilabschnitte unterschiedlicher Konizität auf, wobei der in Einschraubrichtung erste untere konusförmige Teilabschnitt einen spitzeren Konuswinkel aufweist als der in Einschraubrichtung zweite konische Teilabschnitt. In dieser Ausführungsform erstreckt sich das Gewinde 4 über
5 beide konusförmige Teilabschnitte. An die als Verankerungsabschnitt 2 ausgebildete Grundform des Grundkörpers wurde ein mittels Rohrendpreßverfahren hergestellter, im wesentlichen hülsenförmiger Halteabschnitt 3 angebracht bzw. angeschweißt. Der so gebildete Grundkörper 1 ist im wesentlichen hohl. Der hohle Innenraum ist (auch in den übrigen Zeichnungen)
10 durch die Strichlierung angedeutet. Im unteren Bereich des Grundkörpers 1 befindet sich eine Bohrung 6, welche durch die Wandung des Grundkörpers 1 zu dem hohlen Innenbereich des Grundkörpers 1 sich erstreckt. An den in Einschraubrichtung ersten konischen Teilbereich des Verankerungsabschnitts des Grundkörpers, der als Verdrängungskörper ausgebildet ist, ist eine
15 Vierkantspitze 5 angepreßt. Der Haltebereich 3 ist in fünf Abschnitte gegliedert: in einen ersten konusförmigen Abschnitt zur Zentrierung und Befestigung im Verankerungsabschnitt, einen zweiten sechskantförmig ausgeformten Abschnitt zur Übertragung einer Drehbewegung durch einen Innensechskantschlüssel, um so beispielsweise die Befestigungsvorrichtung in und aus dem
20 Erdreich hinein- bzw. herausdrehen, einen dritten zylindrischen Abschnitt, einen vierten konischen Abschnitt zur Aufnahme eventuell benötigter oder erwünschter Positionier- und Fixiervorrichtungen in dem Halteabschnitt 3, und in einen fünften Abschnitt, der zur Klemmung der zu fixierenden Gegenstände dienen kann.

25

Der im wesentlichen hülsenförmig ausgebildete Halteabschnitt 3 ist durch ein im wesentlichen bekanntes Rohrendpreßverfahren hergestellt worden.

Fig. 3 zeigt eine bevorzugte Ausführungsform der Befestigungsvorrichtung
30 ohne Gewinde.

Der Grundkörper 1 ist einstückig mit einem Verankerungsabschnitt 2 und einem Halteabschnitt 3 ausgebildet. Er trägt in diesem Fall kein Gewinde. Der Verankerungsabschnitt 2 weist zwei Bereiche unterschiedlicher Konizität auf. Es kann aber auch eine andere Anzahl von Teilabschnitten, zumindest
5 ein konischer Teilabschnitt vorhanden sein. An dem unteren, in Einschlagrichtung in das Erdreich ersten Abschnitt ist eine Vierkantspitze 5 angepreßt.

Der Verankerungsabschnitt 2 und der Halteabschnitt 3 sind im wesentlichen durchgängig hohl aus einem Rohr gehämmert. Der unterste Abschnitt des
10 Verankerungsabschnitts ist durch das Hämmern so weit verdichtet, daß er keinen hohlen Innenraum mehr aufweist. Im unteren Abschnitt weist der Halteabschnitt auf geeigneter Höhe eine Bohrung 6 auf, welche sich durch die Wandung des Grundkörpers 6 zu dessen hohlen Innenraum erstreckt.

An die Außenfläche des Verankerungsabschnitts 3 sind in dessen Längsrichtung zwei flossenartige Flächenelemente 7 angebracht. Diese erstrecken
15 sich im wesentlichen radial von dem Verankerungsabschnitt weg und folgen an ihrer, dem Verankerungsabschnitt zugewandten Seite der Kontur der konusförmigen Abschnitte. Die Flächenelemente erstrecken sich nicht bis zur Spitze 5 bzw. bis zum untersten Abschnitt des Verankerungskörpers. Dies
20 ist jedoch auch möglich. Die Flächenform der Flächenelemente 7 bzw. die Kontur ihrer von dem Verankerungsabschnitt abgewandten Schmalseiten ist beliebig. Der Flächeninhalt ist jedoch dadurch begrenzt, daß die Handhabbarkeit der Befestigungsvorrichtung insbesondere beim Setzen und Einschlagen gewährleistet bleiben soll. Eine Variation der Flächenform und/oder des
25 Flächeninhalts erlaubt die Anpassung an unterschiedliche Einsatzarten, Arten von Erdreich und Krafteinwirkungen, insbesondere eine optimale Sicherheit gegen Verdrehen der Befestigungsvorrichtung.

5

ANSPRÜCHE

1. Verfahren zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dgl. im Erdreich, insbesondere eines Bodendübels, mit einem Grundkörper, wobei zumindest ein Teilabschnitt des Grundkörpers mit einem schrauben- bzw. schneckenartigen Gewinde zum Ein- und wieder Herausschrauben in und aus dem Erdreich versehen wird und wobei der Grundkörper im wesentlichen eine konusförmige Grundform mit zumindest einem konischen Teilabschnitt aufweist, dadurch gekennzeichnet, daß der Grundkörper aus einem im wesentlichen zylindrischen Rohr in die Grundform gehämmert wird.
2. Verfahren zur Herstellung einer Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dgl. im Erdreich, insbesondere eines Bodendübels, mit einem Grundkörper, wobei der Grundkörper im wesentlichen eine konusförmige Grundform mit zumindest einem konischen Teilabschnitt aufweist, dadurch gekennzeichnet, daß der Grundkörper aus einem im wesentlichen zylindrischen Rohr in die Grundform gehämmert wird.
3. Verfahren gemäß Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß an dem Grundkörper in dessen Längsrichtung zumindest ein flossenartiges Flächenelement angebracht, insbesondere angeschweißt wird.

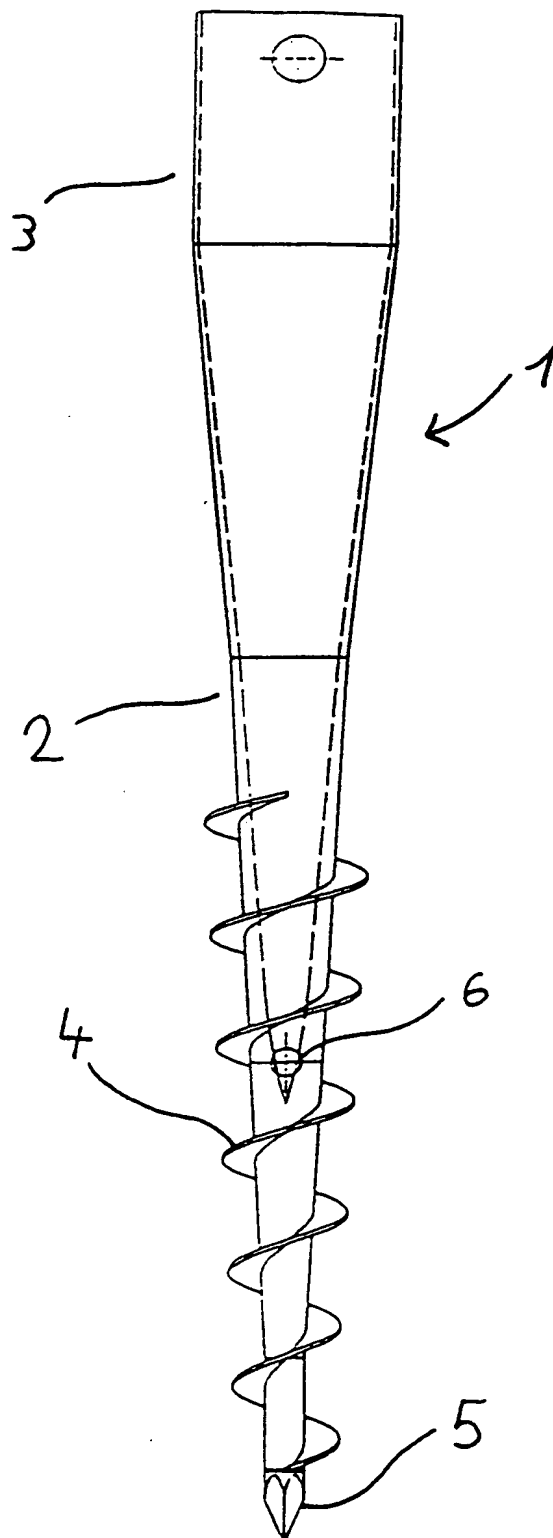
4. Verfahren gemäß Anspruch 3, dadurch gekennzeichnet, daß umfangsmäßig gleichwinklig beabstandet drei oder vier flossenartige Flächenelemente angebracht werden.
- 5 5. Verfahren gemäß einem der Ansprüche 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß der Grundkörper mit einem Halteabschnitt und mit einem Verankerungsabschnitt einstückig gehämmert wird.
6. Verfahren gemäß einem der Ansprüche 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß die Grundform des Grundkörpers als ein Verankerungsabschnitt
10 ausgebildet wird und daran ein mittels Rohrendenpressverfahren hergestellter Halteabschnitt angebracht, insbesondere angeschweißt wird.
7. Verfahren gemäß einem der Ansprüche 1 bis 6, dadurch gekennzeichnet, daß der Grundkörper mit dem Verankerungs- und Halteabschnitt im
15 wesentlichen durchgängig hohl ausgebildet wird.
8. Verfahren gemäß einem der Ansprüche 5 bis 7, dadurch gekennzeichnet, daß in dem Grundkörper zumindest in einem unteren, in Einführ-
20 richtung in das Erdreich ersten Teilabschnitt des Verankerungsabschnitts eine Bohrung eingefügt wird.
9. Verfahren gemäß einem der Ansprüche 5 bis 8, dadurch gekennzeichnet, daß an den Grundkörper an dem Verankerungsabschnitt eine Spitze
25 angebracht, insbesondere angepresst wird.
10. Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dgl. im Erdreich, mit einem Grundkörper, welcher einen Verankerungsabschnitt zur Verankerung im Erdreich und einen Halteabschnitt zur Aufnahme des
30 Stabes, Pfostens, Mastens oder dgl. aufweist, wobei der Verankerungs-

- abschnitt als konusförmiger im wesentlichen spitzwinkliger Verdrängungskörper ausgebildet ist, welcher zumindest zwei Teilabschnitte unterschiedlichen Konuswinkels aufweist und zumindest in einem der zwei Teilabschnitte ein schrauben- bzw. schneckenförmiges Gewinde zum Ein- und wieder Herausschrauben in und aus dem Erdreich trägt, wobei der in Einschraubrichtung dem ersten konusförmigen Teilabschnitt nachgeordnete zweite Teilabschnitt einen größeren Konuswinkel aufweist, dadurch gekennzeichnet, daß
- der Verankerungsabschnitt aus einem Rohteil einstückig ausgebildet ist, sowie der Halteabschnitt und im wesentlichen der Verankerungsabschnitt durchgängig hohl ausgebildet sind.
11. Befestigungsvorrichtung gemäß Anspruch 10, dadurch gekennzeichnet, daß sich das Gewinde im wesentlichen über die gesamte Länge des Verankerungsabschnitts erstreckt.
12. Befestigungsvorrichtung für Stäbe, Pfosten, Masten oder dgl. im Erdreich, mit einem Grundkörper, welcher einen Verankerungsabschnitt zur Verankerung im Erdreich und einen Halteabschnitt zur Aufnahme des Stabes, Pfostens, Mastens oder dgl. aufweist, wobei der Verankerungsabschnitt als konusförmiger im wesentlichen spitzwinkliger Verdrängungskörper ausgebildet ist, welcher zumindest einen konusförmigen Teilabschnitt aufweist, dadurch gekennzeichnet, daß
- der Verankerungsabschnitt aus einem Rohteil einstückig ausgebildet ist, sowie der Halteabschnitt und im wesentlichen der Verankerungsabschnitt durchgängig hohl ausgebildet sind.

13. Befestigungsvorrichtung gemäß Anspruch 12, dadurch gekennzeichnet, daß der Grundkörper in seiner Längsrichtung zumindest ein flossenartiges Flächenelement aufweist.
- 5 14. Befestigungsvorrichtung gemäß Anspruch 13, dadurch gekennzeichnet, daß drei oder vier flossenartige Flächenelemente am Umfang des Grundkörpers mit im wesentlichen gleichem Abstand voneinander angebracht, insbesondere angeschweißt sind.
- 10 15. Befestigungsvorrichtung gemäß einem der Ansprüche 10 bis 14, dadurch gekennzeichnet, daß der Grundkörper mit dem Halteabschnitt und dem Verankerungsabschnitt einstückig ist.
- 15 16. Befestigungsvorrichtung gemäß einem der Ansprüche 10 bis 14, dadurch gekennzeichnet, daß der Halteabschnitt an dem Verankerungsabschnitt angebracht, insbesondere angeschweißt ist.
- 20 17. Befestigungsvorrichtung gemäß einem der Ansprüche 10 bis 16, dadurch gekennzeichnet, daß der Unterschied der Konuswinkel des ersten und des zweiten Teilabschnitts des Verankerungsabschnitts zwischen 1 und 3 Grad beträgt.
- 25 18. Befestigungsvorrichtung gemäß einem der Ansprüche 10 bis 17, dadurch gekennzeichnet, daß der Verankerungsabschnitt in seinem unteren, in Einführrichtung in das Erdreich ersten Teilabschnitt eine Bohrung aufweist.
- 30 19. Befestigungsvorrichtung gemäß einem der Ansprüche 10 bis 18, dadurch gekennzeichnet, daß der Verankerungsabschnitt eine Spitze, insbesondere eine Vierkantspitze aufweist.

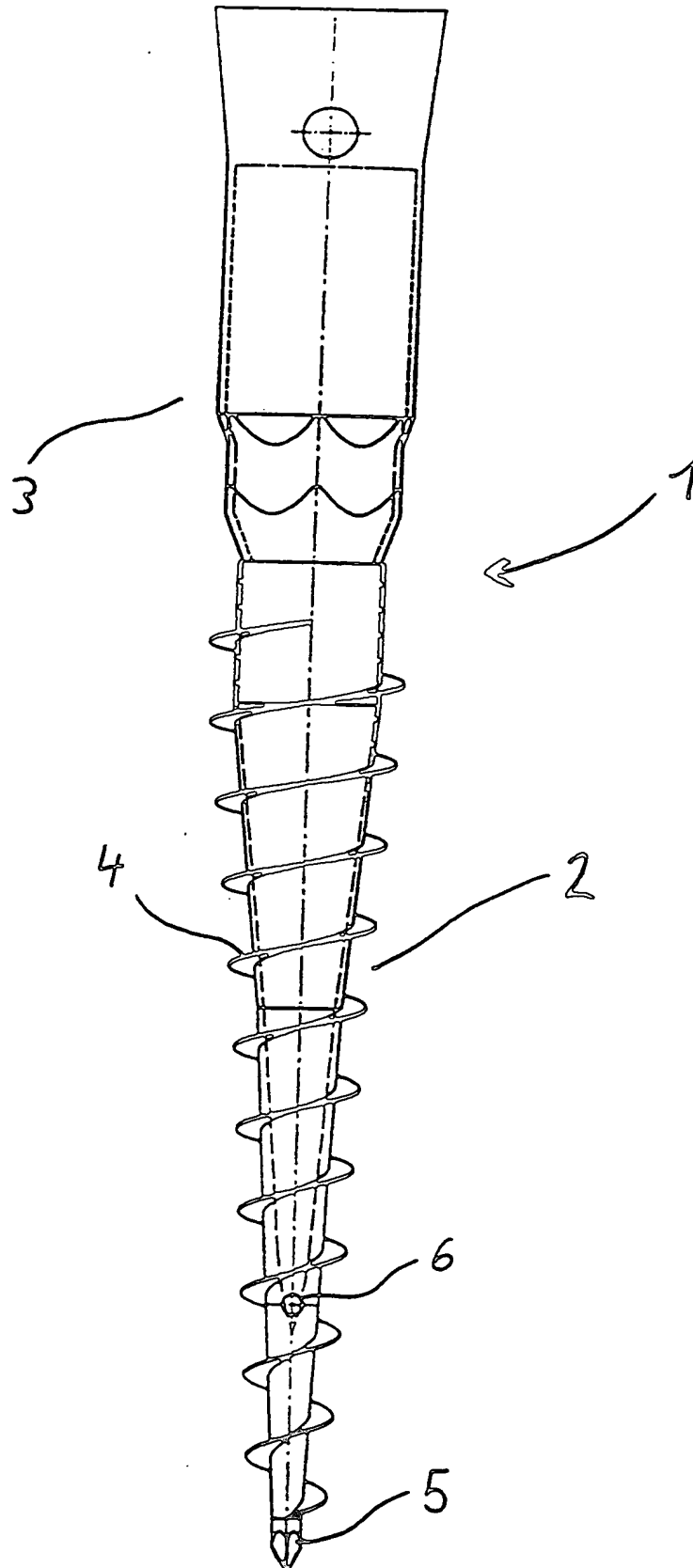
THIS PAGE BLANK (USPTO)

Fig. 1



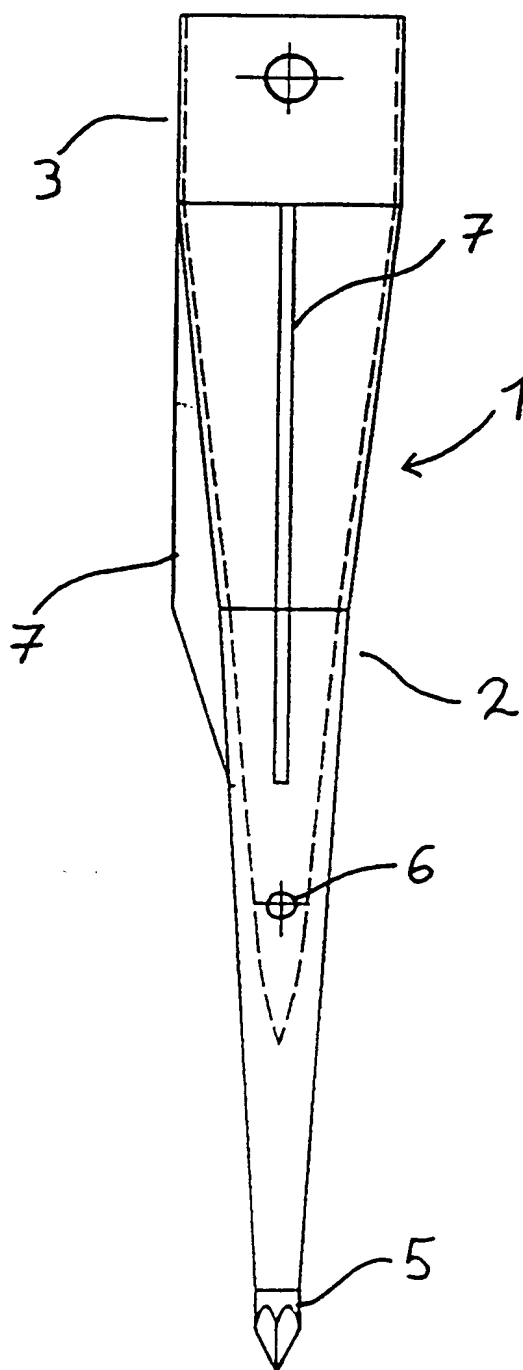
THIS PAGE BLANK (USPTO)

Fig. 2



THIS PAGE BLANK (USPTO)

Fig. 3



THIS PAGE BLANK (USPTO)

INTERNATIONAL SEARCH REPORT

International Application No.

EP 99/05705

A. CLASSIFICATION OF SUBJECT MATTER

IPC 7 E04H12/22

According to International Patent Classification (IPC) or to both national classification and IPC

B. FIELDS SEARCHED

Minimum documentation searched (classification system followed by classification symbols)

IPC 7 E04H

Documentation searched other than minimum documentation to the extent that such documents are included in the fields searched

Electronic data base consulted during the international search (name of data base and, where practical, search terms used)

C. DOCUMENTS CONSIDERED TO BE RELEVANT

Category *	Citation of document, with indication, where appropriate, of the relevant passages	Relevant to claim No.
A	GB 2 068 037 A (KINGSMERE ENGINEERING LIMITED) 5 August 1981 (1981-08-05) page 1, line 40 - line 96; figures 1-3 ---	1,2,5,7
A	DE 94 16 433 U (SONNER) 22 December 1994 (1994-12-22) page 2, last paragraph -page 4, paragraph 1; figure 1 ---	1,2,9
A	EP 0 590 367 A (GEBR. STÄB GMBH+CO.) 6 April 1994 (1994-04-06) column 5, line 51 -column 14, line 1; figures 1-12 ---	10, 12-16,19
A	DE 196 24 738 A (FRANKEN PLASTIK GMBH) 2 January 1998 (1998-01-02) column 3, line 53 -column 4, line 4; figure 1 ---	10
	--- -/--	



Further documents are listed in the continuation of box C.



Patent family members are listed in annex.

* Special categories of cited documents:

"A" document defining the general state of the art which is not considered to be of particular relevance

"E" earlier document but published on or after the international filing date

"L" document which may throw doubts on priority claim(s) or which is cited to establish the publication date of another citation or other special reason (as specified)

"O" document referring to an oral disclosure, use, exhibition or other means

"P" document published prior to the international filing date but later than the priority date claimed

"T" later document published after the international filing date or priority date and not in conflict with the application but cited to understand the principle or theory underlying the invention

"X" document of particular relevance; the claimed invention cannot be considered novel or cannot be considered to involve an inventive step when the document is taken alone

"Y" document of particular relevance; the claimed invention cannot be considered to involve an inventive step when the document is combined with one or more other such documents, such combination being obvious to a person skilled in the art.

"&" document member of the same patent family

Date of the actual completion of the international search

17 November 1999

Date of mailing of the international search report

26/11/1999

Name and mailing address of the ISA

European Patent Office, P.B. 5818 Patentlaan 2
NL - 2280 HV Rijswijk
Tel. (+31-70) 340-2040. Tx. 31 651 epo nl,
Fax: (+31-70) 340-3016

Authorized officer

Clasing, M

INTERNATIONAL SEARCH REPORT

International Application No

T/EP 99/05705

C.(Continuation) DOCUMENTS CONSIDERED TO BE RELEVANT		
Category	Citation of document, with indication, where appropriate, of the relevant passages	Relevant to claim No.
A	DE 93 13 258 U (KRINNER) 24 March 1994 (1994-03-24) cited in the application -----	

INTERNATIONAL SEARCH REPORT

Information on patent family members

International Application No

EP 99/05705

Patent document cited in search report		Publication date	Patent family member(s)	Publication date
GB 2068037	A	05-08-1981	NONE	
DE 9416433	U	22-12-1994	NONE	
EP 590367	A	06-04-1994	DE 4230776 A	17-03-1994
			WO 9406985 A	31-03-1994
			DE 59307738 D	08-01-1998
DE 19624738	A	02-01-1998	NONE	
DE 9313258	U	24-03-1994	NONE	

THIS PAGE BLANK (USPTO)

INTERNATIONALER RECHERCHENBERICHT

Internationales Aktenzeichen

/EP 99/05705

A. KLASSIFIZIERUNG DES ANMELDUNGSGEGENSTANDES

IPK 7 E04H12/22

Nach der Internationalen Patentklassifikation (IPK) oder nach der nationalen Klassifikation und der IPK

B. RECHERCHIERTE GEBIETE

Recherchierter Mindestprüfstoff (Klassifikationssystem und Klassifikationssymbole)

IPK 7 E04H

Recherchierte aber nicht zum Mindestprüfstoff gehörende Veröffentlichungen, soweit diese unter die recherchierten Gebiete fallen

Während der internationalen Recherche konsultierte elektronische Datenbank (Name der Datenbank und evtl. verwendete Suchbegriffe)

C. ALS WESENTLICH ANGESEHENE UNTERLAGEN

Kategorie*	Bezeichnung der Veröffentlichung, soweit erforderlich unter Angabe der in Betracht kommenden Teile	Betr. Anspruch Nr.
A	GB 2 068 037 A (KINGSMERE ENGINEERING LIMITED) 5. August 1981 (1981-08-05) Seite 1, Zeile 40 - Zeile 96; Abbildungen 1-3	1,2,5,7
A	DE 94 16 433 U (SONNER) 22. Dezember 1994 (1994-12-22) Seite 2, letzter Absatz -Seite 4, Absatz 1; Abbildung 1	1,2,9
A	EP 0 590 367 A (GEBR. STÄB GMBH+CO.) 6. April 1994 (1994-04-06) Spalte 5, Zeile 51 -Spalte 14, Zeile 1; Abbildungen 1-12	10, 12-16,19

	-/--	

☒ Weitere Veröffentlichungen sind der Fortsetzung von Feld C zu entnehmen

☒ Siehe Anhang Patentfamilie

* Besondere Kategorien von angegebenen Veröffentlichungen :

"A" Veröffentlichung, die den allgemeinen Stand der Technik definiert, aber nicht als besonders bedeutsam anzusehen ist

"E" älteres Dokument, das jedoch erst am oder nach dem internationalen Anmeldedatum veröffentlicht worden ist

"L" Veröffentlichung, die geeignet ist, einen Prioritätsanspruch zweifelhaft erscheinen zu lassen, oder durch die das Veröffentlichungsdatum einer anderen im Recherchenbericht genannten Veröffentlichung belegt werden soll oder die aus einem anderen besonderen Grund angegeben ist (wie ausgeführt)

"O" Veröffentlichung, die sich auf eine mündliche Offenbarung, eine Benutzung, eine Ausstellung oder andere Maßnahmen bezieht

"P" Veröffentlichung, die vor dem internationalen Anmeldedatum, aber nach dem beanspruchten Prioritätsdatum veröffentlicht worden ist

"T" Spätere Veröffentlichung, die nach dem internationalen Anmeldedatum oder dem Prioritätsdatum veröffentlicht worden ist und mit der Anmeldung nicht kollidiert, sondern nur zum Verständnis des der Erfindung zugrundeliegenden Prinzips oder der ihr zugrundeliegenden Theorie angegeben ist

"X" Veröffentlichung von besonderer Bedeutung; die beanspruchte Erfindung kann allein aufgrund dieser Veröffentlichung nicht als neu oder auf erfinderischer Tätigkeit beruhend betrachtet werden

"Y" Veröffentlichung von besonderer Bedeutung; die beanspruchte Erfindung kann nicht als auf erfinderischer Tätigkeit beruhend betrachtet werden, wenn die Veröffentlichung mit einer oder mehreren anderen Veröffentlichungen dieser Kategorie in Verbindung gebracht wird und diese Verbindung für einen Fachmann naheliegend ist

"&" Veröffentlichung, die Mitglied derselben Patentfamilie ist

Datum des Abschlusses der internationalen Recherche

17. November 1999

Absenddatum des internationalen Recherchenberichts

26/11/1999

Name und Postanschrift der Internationalen Recherchenbehörde
Europäisches Patentamt, P.B. 5818 Patentlaan 2
NL - 2280 HV Rijswijk
Tel. (+31-70) 340-2040, Tx. 31 651 epo nl,
Fax: (+31-70) 340-3016

Bevollmächtigter Bediensteter

Clasing, M

C.(Fortsetzung) ALS WESENTLICH ANGESEHENE UNTERLAGEN

Kategorie*	Bezeichnung der Veröffentlichung, soweit erforderlich unter Angabe der in Betracht kommenden Teile	Betr. Anspruch Nr.
A	DE 196 24 738 A (FRANKEN PLASTIK GMBH) 2. Januar 1998 (1998-01-02) Spalte 3, Zeile 53 -Spalte 4, Zeile 4; Abbildung 1 -----	10
A	DE 93 13 258 U (KRINNER) 24. März 1994 (1994-03-24) in der Anmeldung erwähnt -----	

INTERNATIONALER RECHERCHENBERICHT

Angaben zu Veröffentlichung der zur selben Patentfamilie gehören

Internationales Aktenzeichen

EP 99/05705

Im Recherchenbericht angeführtes Patentdokument		Datum der Veröffentlichung	Mitglied(er) der Patentfamilie	Datum der Veröffentlichung
GB 2068037	A	05-08-1981	KEINE	
DE 9416433	U	22-12-1994	KEINE	
EP 590367	A	06-04-1994	DE 4230776 A	17-03-1994
			WO 9406985 A	31-03-1994
			DE 59307738 D	08-01-1998
DE 19624738	A	02-01-1998	KEINE	
DE 9313258	U	24-03-1994	KEINE	

THIS PAGE BLANK (USPTO)